



HESSISCHER LANDTAG

22. 10. 2019

Plenum

Entschließungsantrag

**Fraktion der CDU,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Fraktion der SPD,
Fraktion der Freien Demokraten**

Hass, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Angriffe auf die Menschenwürde haben keinen Platz in Deutschland und Hessen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag zeigt sich zutiefst bestürzt über die Ereignisse von Halle, bei denen zwei Menschen getötet wurden und eine Vielzahl weiterer Menschen einem Anschlag nur knapp entkommen ist. Unsere Anteilnahme und unser Mitgefühl gelten den Angehörigen der Opfer, den Familien und Freunden, den Hinterbliebenen, den Verletzten und allen Betroffenen.
2. Der Landtag stellt fest, dass der Anschlag nach allen bisherigen Erkenntnissen der örtlichen jüdischen Gemeinde galt, die den höchsten jüdischen Feiertag in der Synagoge feiern wollte. Er verurteilt diesen antisemitischen Anschlag, der mutmaßlich von einem rechtsextremen Täter verübt wurde und so trotz zunehmendem Antisemitismus in Deutschland nicht mehr denkbar schien. Der Landtag steht in Trauer und Solidarität an der Seite aller Jüdinnen und Juden in Deutschland.
3. Der Landtag unterstreicht nachdrücklich, dass es niemals eine Rechtfertigung für antisemitische Haltungen, Handlungen oder Aussagen geben kann. Der entschiedene, unbedingte Kampf gegen Antisemitismus ist Teil des deutschen Selbstverständnisses und der geschichtlichen Verantwortung. Wer Menschen wegen ihrer jüdischen Identität diffamiert oder angreift, ihre Freiheit oder Sichtbarkeit einschränken will oder diese bedroht oder gar die Religions- und Weltanschauungsfreiheit infrage stellt, wird auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen. Daher verurteilt der Landtag jegliche Handlungen, die sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen richten.
4. Der Landtag stellt des Weiteren fest, dass jüdisches Leben ein unverzichtbarer und wertvoller Bestandteil der deutschen Geschichte und Gesellschaft ist. Die kulturellen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Einflüsse des Judentums haben unser Land über Jahrhunderte mitgeprägt. Das jüdische Leben in Deutschland gilt es auch in Zukunft gegen jedwede Bedrohungen und Angriffe zu schützen.
5. Das Land Hessen tritt allen Erscheinungsformen des Antisemitismus und jeder Form des Extremismus entschlossen entgegen. Die Gewalttaten der jüngsten Zeit führen in erschreckender Weise vor Augen, dass aus extremistischen oder antisemitischen Worten extremistische und antisemitische Taten werden können. Jüdisches Leben wird in Hessen immer unter dem Schutz des Staates stehen.
6. Eine freie, demokratische Gesellschaft wie die unsere lebt von der Anerkennung gemeinsamer Grundwerte und von einem respektvollen Miteinander – unabhängig von Religion, Herkunft oder anderen Unterschieden. Aber auch ein fundamentaler Teil unserer freiheitlichen, demokratischen und rechtsstaatlichen Grundordnung ist die Religions- und Weltanschauungsfreiheit. Sie ist ein zentrales Menschenrecht, das die Freiheit einschließt, seine Religion oder seine Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Lehre, Gebete, Gottesdienste und religiöse Handlungen auszuüben. Und diesen Grundwert werden wir Demokratinnen und Demokraten mit aller Macht verteidigen. Daher werden wir in Hessen weder Hass, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus noch die Infragestellung der Würde eines Menschen dulden.

7. In diesem Sinne ruft der Landtag alle demokratischen Parteien, zivilgesellschaftlichen Organisationen und alle Hessinnen und Hessen dazu auf, im gemeinsamen Kampf gegen Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit zusammenzustehen. Es ist an uns allen, den Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken und zukünftig noch mehr in den Mittelpunkt unseres Wirkens zu rücken. Extremismus und Populismus bedrohen diesen gesellschaftlichen Zusammenhalt und gefährden damit am Ende auch unsere Demokratie an sich. Dem werden wir mit aller Vehemenz und in breiter Front gemeinsam entgegentreten.

Wiesbaden, 22. Oktober 2019

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Michael Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Nancy Faeser

Für die Fraktion
der Freien Demokraten
Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock